

GASTKOMMENTARE

Die Ansichten der Gastkolumnisten können von jenen der Redaktion abweichen.

Credit Suisse

Bonussegen trotz Bankversagen



Jamie Vrijhof-Droese

Unternehmerin, Referentin und Autorin

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden: Rund 60 Millionen Franken an Boni, vorgesehen für die ehemalige Geschäftsleitung der Credit Suisse und zwei Führungsebenen darunter, sind rechtlich geschuldet. Als Rechtsnachfolgerin muss die UBS diese Zahlungen leisten. Juristisch ist das nachvollziehbar. Das Obligationenrecht unterscheidet klar zwischen Gratifikationen, also freiwilligen Sondervergütungen, und variablen Lohnbestandteilen, die vertraglich festgelegt und somit auch bei schlechter Geschäftsentwicklung geschuldet sind.

Im Frühjahr 2023 verfügte das Eidgenössische Finanzdepartement unter Bundesrätin Karin Keller-Sutter einen Stopp dieser Boni. Grundlage dafür war Artikel 10a des Bankengesetzes, gestützt auf die staatlichen Garantien, die im Zuge der Notübernahme durch die UBS gewährt wurden. Doch bereits im Sommer wurde diese Garantie zurückgezahlt, damit entfiel die rechtliche Basis des Entscheids.

Doch Recht ist nicht immer gleich Gerechtigkeit. Und schon gar nicht Anstand.

Zur Erinnerung: In den zehn Jahren vor der Übernahme zahlte die Bank 31,7 Milliarden Franken an Boni, bei einem kumulierten Verlust von 32,3 Milliarden. Man muss kein Finanzexperte sein, um zu erkennen, dass hier etwas grundlegend schief lief. Ein Unternehmen, das infolge jahrelanger Misswirtschaft, fehlender Risikokultur und kurz-sichtiger Führung in eine staatlich orchestrierte Notfusion geführt wurde, sollte nicht zweistellige Millionenbeträge an seine früheren Spitzenkräfte ausschütten müssen. In anderen Branchen, insbesondere im KMU-Umfeld, hätten vergleichbare Fehler zu Entlassungen oder Haftungsforderungen geführt, nicht zu Bonuszahlungen. Die Sonderbehandlung für Bankkader im Vergleich zu anderen Angestellten und Unternehmern offenbart einen doppelten Standard, der gesellschaftlich nicht mehr vermittelbar ist.

Hinzu kommt: In Zeiten von Fachkräftemangel und Wertewandel fällt es zunehmend schwer, Nachwuchstalente zu gewinnen. Junge Fachkräfte legen Wert auf Sinn, Verantwortung und Nachhaltigkeit. Die Praxis millionenschwerer Boni trotz Misserfolg steht diesen Werten diametral entgegen und schadet dem Image der Branche nachhaltig. Ein Zeichen von Verantwortung wäre gewesen, wenn die rund tausend betroffenen Mitarbeitenden freiwillig auf die Boni verzichtet hätten. Immerhin legten nur etwa ein Dutzend von ihnen Beschwerde ein. Die Mehrheit schien bereit, zu verzichten, nicht aus rechtlicher Verpflichtung, sondern aus moralischem Empfinden. Wer in guten Zeiten überdurchschnittlich verdient, muss in der Krise auch bereit sein, Verantwortung zu übernehmen.

Die Finanzbranche ist zentral für den Wohlstand unseres Landes. Sie schafft Jobs, fördert Innovation und trägt erheblich zur Steuerbasis bei. Doch diese Rolle kann sie nur erfüllen, wenn sie auf einer Kultur der Verantwortung beruht. Vergütungsmodelle, die kurzfristige Gewinne honorieren, ohne langfristige Verantwortung einzufordern, sind nicht tragfähig. Der Fall zeigt ein strukturelles Problem auf: eine gefährliche Entfremdung zwischen Führungsetagen und gesellschaftlicher Realität. Vertrauen aber ist das Fundament des Finanzplatzes, und es steht derzeit auf dem Spiel.

Wir brauchen keine reflexartige Überregulierung. Was wir brauchen, ist ein neues Bewusstsein dafür, dass wirtschaftlicher Erfolg und persönlicher Profit untrennbar mit Verantwortung verbunden sind. Marktgerechte Entlohnung darf keine Einbahnstrasse sein. Verantwortung zu übernehmen, heisst auch, auf Ansprüche zu verzichten, wenn der eigene Beitrag zum Erfolg fehlt oder der angerichtete Schaden überwiegt.

Jamie Vrijhof-Droese ist Managing Partner bei WHVP.

Sinkende Lebensqualität

Die Profiteure schlechter Politik



Reiner Eichenberger

Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg

Die Schweiz leidet unter schlechter Klima-, Verkehrs-, Zuwanderungs- und Rentenpolitik. Dabei wäre gute Politik ganz einfach – mit dem Verursacherprinzip und mit Kostenwahrheit, also mit einem ausnahmslosen CO₂-Preis, der Internalisierung aller externen Umwelt-, Lärm-, Unfall- und Infrastrukturkosten aller Verkehrsträger, angemessenen Aufenthalts-abgaben für Neuzuwanderer sowie steuerlicher Entlastung für Arbeitseinkommen im Rentenalter.

Und entscheidend: Weil Kostenwahrheit die Anreize der Handlungsträger richtig setzt, wären dann die heutige Verhaltenssteuerung durch teure Subventionen für ÖV, E-Autos und Flatterstrom sowie die allgegenwärtige Regulierung überflüssig. Sie müssten aufgehoben werden und die so beim Staat anfallenden Einnahmen und Einsparungen an die Bevölkerung via Steuersenkungen zurückfliessen. Aber weshalb machen Regierung und Parlament all das nicht? Sie haben viele Einwände. Doch die sind hinfällig. Zwei Beispiele:

Gegen eine Teilbesteuerung der Arbeitseinkommen von Alten wird eingewendet, sie verstosse gegen das Gebot der Besteuerung gemäss wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Tatsächlich aber verstösst gerade die heutige Vollbesteuerung der Arbeitseinkommen von Alten gegen dieses Gebot. Denn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gesunder Menschen besteht nicht nur aus ihrem Geldeinkommen, sondern auch aus ihrer frei verfügbaren Zeit. Solange also die viele Freizeit der gesunden, nicht arbeitenden Rentner unbesteuert bleibt, sollte auch das Arbeitseinkommen der Rentner, die viel arbeiten, tiefer besteuert werden.

Gegen den Einstieg ins Roadpricing durch eine Staugebühr am Gotthard wird eingewendet, das Tessin müsse frei erreichbar bleiben. Dabei wäre eine Staugebühr ja so festzulegen, dass der Verkehr schrumpft und sich verteilt und so besser fliesst, was die Erreichbarkeit des Tessins erhöhen würde. Staugebühren sind auch kein Nachteil für die Tessiner. Vielmehr leiden diese besonders stark unter den Staus. Entscheidend ist, wie das Abgabenaufkommen verwendet wird. Fragen wir doch die Tessiner mal so: «Wollt ihr eine Staugebühr am Gotthard, deren Aufkommen ganz ins

«Die «Eliten» profitieren von Subventionen und Regulierungen.»

Tessin zur Senkung dortiger Steuern fliesst?» Wetten, dass die Tessiner dann eine Staugebühr genial fänden?

Weshalb also gehen Regierung und Parlament die Probleme nicht wirksam an, sondern nur durch Regulierungen, Subventionen und minimale Rückverteilung an die Bevölkerung pro Kopf?

Regierung und Parlament sowie gewisse «Eliten» haben ganz andere Interessen als die Bevölkerung. Kostenwahrheit interessiert sie nicht, wenn die Einnahmen an die Bevölkerung zurückfliessen und Subventionen und Regulierungen abgebaut werden müssen. Regierungen und Parlamente wollen die Einnahmen selbst verteilen und regulieren, und die «Eliten» profitieren von den Subventionen und Regulierungen.

Der Klimawandel und die Energieknappheit infolge des Atomausstiegs und der Unzulänglichkeiten des erneuerbaren Flatterstroms werden intensiv bewirtschaftet. Die Anbieter von Strom aus Wasser, fossilen Brennstoffen, Sonne und Wind haben hart gegen Atomstrom lobbyiert, und die Besitzer alter Atomkraftwerke haben mittlerweile auf die Bewirtschaftung des Stromchaos mittels Stromhandel umgestellt: Je flatterhafter und instabiler das Stromangebot wird, desto grössere Handelsgewinne winken Stromgrosshändlern und -spekulanten.

Aber bringen schlechte Politik und dumme Regulierung den Anbietern nicht höhere Kosten? Ja – aber genau davon können sie profitieren. Solange die Politik auch für ihre Konkurrenten gilt, können sie die Kosten auf die Konsumenten überwälzen und oft sogar «überüberwälzen». Denn meist erhöhen die Regulierungen die Grenzkosten (die Kosten für die letzten produzierten Einheiten) stärker als die Durchschnittskosten. Da diese Grenzkosten preisbildend wirken, können die Produzenten die Preise für die gesamte Produktionsmenge erhöhen und so ihre Gewinne auf Kosten der Konsumenten steigern.

Und was ist mit dem schnellen Bevölkerungswachstum infolge Zuwanderung? Es schadet den «Normalbürgern», weil es nur Breitenwachstum bringt und das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf nicht erhöht, jedoch grosse Füllungskosten durch Verknappung und Verteuerung von Boden, Infrastruktur, Umweltgütern und Selbstversorgungszielen verursacht. Aber es nützt den wenigen «Spezialbürgern» in der Politik und an der Spitze von Wirtschaftsverbänden sowie manchen Firmen, die vom Breitenwachstum profitieren. Ihnen bringt ein insgesamt wachsendes BIP mehr Steuereinnahmen, Mitgliederbeiträge und Umsätze und damit Vitamin 3B: mehr Budget, Bedeutung und Boni.

Was also tun? Da helfen nur noch Volksinitiativen!

Reiner Eichenberger ist regelmässig Kolumnist der Handelszeitung.